

Schlichte Lobbypolitik

Zu: „Eindimensionale FDP“, FR-Meinung vom 24. April

Sehr geehrter Herr Lindner, als mein Sohn, der Mitte 30 ist, mir bei der vorletzten Bundestagswahl mitteilte, er habe die FDP gewählt, weil er Ihre Vorhaben zur Digitalisierung cool findet und Sie ein toller Typ sind, hatte ich mich entschlossen, die Aktivitäten Ihrer Partei mit mehr Wohlwollen zu betrachten. Ergebnis: Ich muss Ihnen ein großes Danke sagen.

Danke, dass Sie mit Ihrem Veto zum Verbrenner-Aus zeigen, dass Deutschland nicht immer EU-Streber sein muss, sondern sich auch mal runter auf die Ebene eines Orbans begeben kann.

Danke, dass Sie mit Ihrem Engagement für veraltete Technologien wie Verbrennermotoren deutlich zeigen, dass Ihre Partei nicht zukunftsorientiert, sondern stockkonservativ ist.

Danke, dass Sie den Mut haben, zum Gespött Ihrer Freunde zu werden, wenn Sie 2035 mit Ihrem E-Fuel-Porsche noch zu einer Tankstelle fahren müssen, während Ihre Freunde den E-Porsche komfortabel und kostenfrei zu Hause durch die tagsüber in Akkus gespeiste Solarenergie über Nacht laden. Vielleicht auch kontaktilos, wie es bei Smartphones schon möglich ist.

Danke, wie offen Sie durch das Veto gegen das Verbrenner-Aus zeigen, was die FDP antreibt: schlichte Lobbypolitik.

Danke, dass Sie mit der rückwärtsgewandten Politik Ihre jungen Wähler zu den Grünen treiben und damit Geschichte schreiben werden, dass die Freien Demokraten bei den nächsten Bundestagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde nicht mehr schaffen werden.

Danke, Herr Lindner. Sie sind ein toller Typ. Peter Wolf, Langen

Mit Stolz auf einen sozialpolitischen Kahlschlag

Hartz-IV-„Reformen“: „Schröders Spaltpilz“, FR-Politik vom 12. April

Die „Agenda 2010“ ist keine Erfolgsgeschichte

Die Behauptung, dass sich Ökonomen einig seien, dass Schröders Arbeitsmarktreformen (Agenda 2010) „im Zusammenspiel mit einer günstigen Konjunktur die Wirtschaft kräftig anschoben“, ist falsch. Erstens vertreten diese Meinung nur die Ökonomen, die direkt oder indirekt an der Konzeption dieser „Reformen“ beteiligt waren. Zweitens hat schon das damalige Sachverständigenratsmitglied Peter Bofinger im Gutachten 2007 aufgezeigt, dass die positive Arbeitsmarktentwicklung nicht durch Hartz IV, sondern durch die dynamische weltwirtschaftliche Nachfrageentwicklung und deren Auswirkung auf die Binnenachfrage ausgelöst worden sei. Drittens ist die den Reformen zugrunde liegende Ursachendiagnose falsch, dass zum einen die deutschen Löhne zu hoch seien und zum anderen viele Arbeitslose Arbeitsplatzangebote nicht annähmen, also zu faul seien.

Der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Robert Solow wies – ebenfalls 2007 – auf die „Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion“ in Deutschland hin, damit auf die Vernachlässigung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, sowie auf den Irrtum, dass niedrige Löhne ein Rezept für zunehmenden Konsum seien. Er bezeichnete es gar als „intellektuellen Fehler“, dass die notwendige expansive Nachfragepolitik „keine Beachtung in der politischen Debatte erhält“.

Dass die absurde Diagnose nicht stimmte, Faulheit der Arbeitslosen sei mitverantwortlich für die Massenarbeitslosigkeit, beweist schon die damalige Relation der Zahl der Arbeitslosen zur Zahl offener Stellen. Die Zahl der Arbeitslosen war 21-fach so



Gerhard Schröder protest im Jahr 2005.

AFP

hoch war wie die Zahl offener Stellen. Selbst wenn alle vermeintlich faulen Arbeitslosen die offenen Stellen angenommen hätten, hätte die Massenarbeitslosigkeit weiter bestanden. Die Aussage des Politikwissenschaftlers Wolfgang Schroeder, dass die Agenda 2010 „eine Erfolgsgeschichte“ sei, ist nicht haltbar.

Ernst Niemeier, Wentorf

Kapital und Rendite stehen über allem

Die Agenda 2010 ist Grund zum Erinnern, nicht zum Feiern! „Ökonomen:innen sind sich einig, dass Schröders Reformen (...) im Zusammenhang mit einer günstigen Konjunktur die Wirt-

schaft kräftig anschoben“ (FR). Welches andere Urteil kann man von den deutschen Volkswirt:innen erwarten. Ihre Lehrstühle werden teilweise durch Banken und Versicherungen finanziert. Ihre Denkweise wird stark durch die INSM, die Unternehmerverbände und die Bertelsmannstiftung beeinflusst, Kapital-Rentabilität steht über allem.

Was hat Schröder bewirkt? Zunächst eine Herabsetzung des Einkommenssteuer-Spitzenatzes von 53 auf 42 Prozent. Damit standen für eine Nachfrageausweitung bei schlechterem Konjunkturverlauf keine Mittel zur Verfügung. Die Regierung glaubte, „die deutsche Arbeitsmarktpolitik an die strukturellen Ver-

änderungen der Arbeitswelt anpassen“ (FR) zu müssen. Die Hartz-Gesetze mit Einschränkungen des Kündigungsschutzes, Abschaffung von Arbeitslosenhilfe und Kürzung der Arbeitslosenunterstützung (fördern + fördern) sollten das bewirken. Zudem wurde ein gut funktionierender beruflicher Fortbildungssektor nahezu ausgelöscht.

Und wie beschrieb Schröder die neue Situation? „Wir haben den größten Niedriglohnsektor in Europa geschaffen.“ Darauf war er stolz. Eine echte Sozialdemokratie hätte ihn am nächsten Tag in Pension schicken müssen. Was wurde in den Folgejahren bewirkt? Niedriglöhne machten die deutsche Exportwirtschaft stark. Exportüberschüsse wurden gebraucht, um die Exportkredite zu finanzieren, standen somit im Inland nicht für Investitionen zur Verfügung. Deutsche Unternehmen investierten im Ausland (trotz niedriger Löhne im Inland), dort sahen sie ihre Märkte.

Wegen Niedriglöhnen wurde in fast allen Branchen zu wenig investiert. Warum sollten die Unternehmer das auch tun? Arbeit war billig. Die Anpassung an die Produktivitätsentwicklung wurde dadurch versäumt, eine internationale Konkurrenzfähigkeit vernachlässigt. Die Niedriglohnpolitik wirkt noch heute in den Handwerkerbranchen nach, die Einstiegstarife sind niedrig und die Branchen klagen über Nachwuchsmangel.

Fördern und Fordern versprochen die Hartz-Regeln. Von Fördern konnte keine Rede sein, Fordern mit finanziellen Konsequenzen bis zur Streichung der Unterstützung wurde den Langzeitarbeitslosen zugemutet. Mir als SPDler tut es weh, wenn ich daran denke, dass erst das Verfassungsgericht im Jahre 2019 diesen unwürdigen Zustand beendete. Hermann Könen, Fränkisch-Crumbach

FR-Blog: Wladimir Putin und George W. Bush - zwei vergleichbare Kriegsverbrecher?

Aus der Diskussion über den Internationalen Haftbefehl, der gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin ausgestellt wurde.

Sie dürfen auf keinen Fall für immer straflos bleiben

Keine Frage, es ist ein Skandal, und diesen Begriff möchte ich nicht leichtfertig benutzen, dass gegen die beiden Herren Wladimir Putin und George W. Bush nicht in gleichem Maße vorgegangen wird und sowohl die Russische Föderation als auch die USA durch ihre Präsidenten verantworten müssen, was sie in den von ihnen beiden angezettelten völkerrechtswidrigen mit schrecklichem Leid, Mord und Folter einhergehenden Kriegen der Menschheit angetan haben. Doch einen Unterschied, sehr zentral, gibt es. In dem Staat, aus dem George W. Bush kommt, kann nach wie vor auf Basis einer demokratischen Verfassung über die Untaten und Schandtaten eines ehemaligen Präsidenten ge-

sprochen werden, ohne dass deshalb jeder, der diese Diskussion führt, sich im Gefängnis oder Straflager wiederfindet, während in der Russischen Föderation jeder sich artikulierende kritische Mitbürger Wladimir Putins damit rechnen muss, dass er entweder vergiftet wird oder sein Leben im Gulag fristen muss. Demokratinnen und Demokraten in beiden Ländern müssen trotzdem mit Repressalien rechnen und vor allem vor wild gewordenen Faschisten wie in den USA Donald Trumps und im Russland Wladimir Putins Angst haben müssen. Wir brauchen ein Völkerrecht, das ohne Ansehen der Person und ohne Straflosigkeit der Täter dafür sorgt, dass die Zivilisation auf der ganzen Erde bewahrt wird. Um es im Konkreten zu benennen: Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden, und angesichts von Guantanamo, Abu Graibh auf der einen Seite und sibirischen Straflagern auf der anderen Seite ist ein Aufschrei des Entsetzens und der Proteste aller Demokratinnen und Demokraten

in Ost und West dringend erforderlich. Die gewissenlosen Herren George W. Bush und Wladimir Putin dürfen auf keinen Fall für immer straflos bleiben.

Manfred Kirsch

Es ist zu befürchten, dass Putin wie Stalin agieren wird

Dankenswerterweise hat die Rundschau in entsprechenden Artikeln auf folgenschwere Unterschiede zu Bushs Irak-Krieg aufmerksam gemacht: Französische Intellektuelle veröffentlichten in der Zeitung „Le Monde“ eine Zusage unter dem Titel: „Ukrainische Kinder zu deportieren und zu ‚russifizieren‘ bedeutet, die Ukraine ihrer Zukunft zu berauben“. Der Schriftsteller Jonathan Littell erklärte dazu, ihn erinnere das an das Vorgehen der Nazis gegenüber Polen. Damals seien 50 000 bis 200 000 Kinder mit blonden Haaren und blauen Augen nach Deutschland entführt und dort assimiliert worden. Nur das Motiv sei heute anders: Putin folge dem Konzept der „Russifi-

zierung“, wie seine Adoptions-Dekrete belegten. Mit seiner „Spezialoperation“ wolle Putin die Ukraine ausmerzen. Er negiere ihre Vergangenheit, die kulturellen Traditionen und ihre staatliche Legitimität. Die „Russifizierung“ ukrainischer Kinder sei Teil dieser Politik. Die Pariser Intellektuellen fordern die europäischen Instanzen deshalb auf, mit Nachdruck die Freigabe der Kinder zu verlangen. Auch auf politischer Ebene müsse die Deportation von Kindern Folgen haben: Da Putin nur auf Druck reagiere, müsse die Ukraine schwere Waffen erhalten. Jede Verhandlung mit dem Kreml-Chef sei zu unterlassen. Völlig zutreffend stellte der sich mit Osteuropa sehr gut auskennende Schriftsteller Martin Polack heraus, gelänge die Okkupation der Ukraine, würden die Russen nach altem stalinistischen Vorbild ganz sicher als erstes die ukrainische Intelligenz liquidieren. Der Zweite Weltkrieg begann ja nicht mit Hitlers Angriff auf die Sowjetunion. Zuvor hatten die Sowjetunion und Nazideutschland

gegen mehrere osteuropäische Staaten und Finnland gerichtet eine gemeinsame Aggression vereinbart und auch umgesetzt. Dazu gehörte dann auch die von Stalin 1940 veranlasste Ermordung von etwa 4400 gefangenen Polen, größtenteils Offizieren, in einem Wald bei Katyn. An weiteren Orten wurden bis zu 25 000 Berufs- oder Reserveoffiziere, Polizisten und Intellektuelle, also überwiegend Angehörige der Vorkriegseliten der unabhängigen Zweiten Polnischen Republik, ermordet. „Katyn“ steht in Polen für diese Mordreihe. Dass der Lenin-Hasser und Stalin-Verehrer Wladimir Putin im Falle eines Sieges im Rahmen eines Katyn II dieses Mal die ukrainische Intelligenzia auslöschten würde, ist so sicher wie früher das Amen in der Kirche. Putin hat inzwischen den Rubikon überschritten, kann somit kein Gesicht mehr verlieren, deshalb bleibt den Ukrainern tatsächlich nur die Option, sich erfolgreich zu wehren. Siegfried Kowallek

Diskussion: fr.blog.de/haftbefehl